



***Notwendigkeiten, Chancen und Herausforderungen in Zeiten der Wirtschaftskrise:
Hat die soziale Marktwirtschaft eine Zukunft?***

Rede beim Kocheler Kreis am 19.06.2009

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, in Ihrem Kreis über Notwendigkeiten, Herausforderungen und Chancen in Zeiten der Wirtschaftskrise und über die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft zu sprechen.

Kein anderes Thema beschäftigt aktuell die Menschen so sehr wie die Krise. Kürzlich hat die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) eine Umfrage veröffentlicht. Danach steht die Angst um den Arbeitsplatz und um die wirtschaftliche Stabilität ganz oben auf der Sorgenliste der Deutschen. Themen wie Umwelt und Altersvorsorge treten momentan in den Hintergrund.

Die Nachrichten aus den Wirtschaftsseiten der Zeitungen verunsichern, die steigenden Arbeitslosenzahlen beunruhigen die Menschen und schüren Zukunftsängste. Und das ist kein Wunder! Ein prognostizierter Rückgang des BIP in 2009 um 6 Prozent (im ersten Quartal bereits 3,8 %) ist alarmierend!

Inzwischen hat die Krise, die in der Finanzwelt begann, also die Realwirtschaft mit voller Wucht erfasst. Zahlreiche Unternehmen – Großkonzerne, kleine und mittelständische Unternehmen – straucheln und kämpfen ums Überleben. Milliardenverluste, Insolvenzen, Kurseinbrüche an den Börsen. Die Hiobsbotschaften scheinen nicht abzureißen.

In dieser Situation stellen sich zunächst zwei Fragen:

1. Was kann die Politik jetzt ganz konkret tun, um zu unterstützen und den entstandenen Schaden zu begrenzen?
2. Und welche Lehren ziehen wir aus dem entstandenen Schaden?

Danach kommen wir zwangsläufig zu der grundsätzlichen Frage nach der Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft - und damit zusammenhängend - dem Verhältnis von Staat und Markt. Zunächst: Patentrezepte zur Bewältigung der Krise gibt es nicht. Wir haben einfach keine Erfahrungswerte im Umgang mit einer Finanz- und Wirtschaftskrise diesen Ausmaßes.

Trotzdem müssen Bundesregierung und Bundestag handeln. Und wir haben zügig, entschlossen und international abgestimmt auf die Finanz- und Wirtschaftskrise reagiert. Wir haben dabei einerseits Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte beschlossen und andererseits Maßnahmen entwickelt, um die Wirtschaft zu stützen.

Wir haben

- a.) einen Rettungsschirm über die Banken gespannt, um die Geldversorgung aufrecht zu erhalten und die Spareinlagen der Bürgerinnen und Bürger zu retten.
- b.) bereits im November 2008 das erste Konjunkturpaket in Höhe von rund 30 Milliarden Euro beschlossen. Zu Beginn dieses Jahres haben wir dann ein zweites Wachstumsprogramm mit einem Umfang von rund 50 Milliarden Euro aufgelegt.

Insgesamt sind unsere Konjunkturpakete mit rund 80 Milliarden Euro die größten in der Geschichte der Bundesrepublik. Ganz bewusst haben wir dabei auf einen Mix aus unterschied-

lichen Maßnahmen gesetzt: Maßnahmen von A wie Abwrackprämie bis Z wie Zukunftsinvestitionen in unseren Kommunen.

Wir haben damit Impulse für mehr Investitionen gesetzt und stärken gleichzeitig die Binnennachfrage durch Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger von Steuern und Abgaben. Dass unsere Maßnahmen wirken, zeigt u.a. die nach wie vor - und für viele erstaunlich - stabile Binnennachfrage in Deutschland.

In der Krise haben von Anfang an ganz wesentlich die zuständigen SPD-Minister das Heft in der Hand gehabt:

- Bundesminister Peer Steinbrück mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz
- Bundesminister Olaf Scholz mit den Regelungen zum Kurzarbeitergeld und Qualifizierungsmaßnahmen und
- Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier bei der Ausarbeitung der Konjunkturmaßnahmen, allen voran der Umweltprämie.

In der akuten Krisenbewältigung war und ist pragmatisches und zielgerichtetes Handeln gefragt. Es geht darum, Unternehmen und Beschäftigte in einer extrem schwierigen Situation zu unterstützen und ihnen den Weg durch die Krise zu ebnen.

Besonders kritisch werden dabei von vielen – aus ordnungspolitischer Sicht – Hilfsmaßnahmen für einzelne Branchen oder einzelne Unternehmen gewertet. Solche Maßnahmen des Staates würden – so die Vorwürfe die Ordnungspolitiker à la zu Guttenberg – in den Markt eingreifen und wettbewerbsverzerrend wirken. Diese Argumente nehme ich durchaus ernst. Unterstützungsmaßnahmen müssen wirklich gut begründet sein. Ich sage aber auch: Ordnungspolitik allein hilft uns nicht weiter.

Ich kann verstehen, dass die Umweltprämie als Kaufanreiz für die Automobilbranche in anderen Branchen – ja selbst in Teilen der Automobilbranche selbst keine Begeisterung ausgelöst hat. Ich halte sie aber als Konjunkturmaßnahme für gut geeignet, da

- die Automobilindustrie besonders stark vom weltweiten Umsatzeinbruch betroffen war,
- diese Branche mit ihren Zuliefererbetrieben für Deutschland eine immanent wichtige Bedeutung hat und
- die drei „T“s, („timely“, „targeted“ und „temporary“) die gute Konjunkturmaßnahmen ausmachen, auf die Umweltprämie alle zutreffen: Sie müssen schnell wirken, sie müssen gezielt wirken und zeitlich befristet sein.

Die Prämie hat die Automobilbranche deutlich angeschoben, viele Händler und Zulieferbetriebe gerettet und damit Tausende von Arbeitsplätzen gesichert. Sie ist ein Erfolgsmodell, das international von vielen anderen Ländern kopiert wird, kürzlich noch von den Amerikanern. Und es war wichtig, dass wir diese Prämie nicht auf deutsche Autos beschränkt haben, denn protektionistische Maßnahmen würden letztlich auf uns zurückfallen und uns als Exportweltmeister extrem schaden.

Noch schwieriger aus ordnungspolitischer Sicht als Unterstützungsmaßnahmen für einzelne Branchen sind Unterstützungsmaßnahmen für einzelne Unternehmen. Hier ist besonders genau zu prüfen, ob sie gerechtfertigt sind und ob die Krise oder ob nicht tragfähige Geschäftsmodelle zu der schwierigen Situation geführt haben. Mit dem Konjunkturpaket II haben wir den Wirtschaftsfonds Deutschland, ein Kredit- und Bürgschaftsprogramm mit einem Volumen von 115 Mrd. Euro geschaffen. Er steht grundsätzlich allen Unternehmen in der Krise offen – egal ob groß oder klein.

Aufgabe des Wirtschaftsfonds ist es, Unternehmen zu stützen, die aufgrund der Krise und der Verwerfungen im Bankensektor Finanzierungsschwierigkeiten haben. Diesen soll durch Kredite und Bürgschaften geholfen werden.

Aktuell liegen fast 1.400 Anträge mit einem Volumen von gut 6 Milliarden Euro vor. Es wurden Zusagen an 480 Unternehmen mit einem Volumen von insgesamt rund 1,2 Mrd. € vergeben, davon 473 Anträge (783 Mio. €) zugunsten von mittelständischen und 7 Anträge zu Gunsten von großen Unternehmen. 235 Anträge mit einem Volumen von 390 Mio. Euro wurden abgelehnt.

Diese Zahlen zeigen, dass viele kleine und mittlere Unternehmen unterstützt werden. Es wird aber auch deutlich, dass viele Unternehmen noch große Liquiditätsgaps haben. Ich halte es deshalb für immens wichtig, dass wir die nach wie vor bestehenden Probleme unseres Bankensystems - z.B. durch die Einrichtung von Bad Banks - lösen und so die Kreditversorgung der Wirtschaft verbessern.

Für Staatshilfen aus dem Wirtschaftsfonds muss es aber – das ist mir wichtig – ein klares Verfahren und nachvollziehbare Kriterien geben. Ganz zentral ist dabei ein tragfähiges Konzept für die Zukunft. Als Richtschnur muss gelten: Staatliche Hilfen

- haben vorübergehenden Charakter,
- dürfen notwendigen Strukturwandel nicht hinauszögern und
- führen nicht zu gravierenden Wettbewerbsverzerrungen.

Niemandem - auch nicht den Beschäftigten eines maroden Unternehmens - ist geholfen, wenn Steuergelder fließen, obwohl keine tragfähigen Zukunftskonzepte vorliegen. Dadurch werden Arbeitsplätze dieses Unternehmens langfristig nicht gerettet, und die Arbeitsplätze von Konkurrenzunternehmen geraten möglicherweise auch noch in Gefahr.

Unternehmen, die tragfähige Geschäftsmodelle haben, können und müssen wir aber unterstützen. Das war und ist auch unser zentrales Motiv bei der Rettung von Opel gewesen, die im Übrigen noch lange nicht in trockenen Tüchern ist. Opel konnte nur nach zähem Ringen und unter enormer gemeinsamer Kraftanstrengung von Politik, Banken und Investor vor dem Zusammenbruch bewahrt werden. Die SPD und Frank-Walter Steinmeier waren dabei die treibende Kraft.

Mit seinen innovativen Technologien und neuen Modellen hat Opel nach einer Phase der Konsolidierung – davon bin ich überzeugt – gute Zukunftsperspektiven. Eine erfreuliche Nachricht der letzten Tage in diesem Zusammenhang: das Opel-Werk in Rüsselsheim fährt aufgrund der großen Nachfrage zusätzliche Schichten, um den neuen Insignia zu bauen.

Also: Es war richtig, Opel bei der Suche nach Investoren zu unterstützen und einen Überbrückungskredit bereitzustellen. Und es ist auch weiterhin unsere Aufgabe, den Verhandlungsprozess zu begleiten.

Und zwar auch deshalb, weil alles, was uns in dieser Krise in Deutschland an Industriestrukturen wegbricht, unwiderruflich für uns verloren ist. Die SPD steht für den Erhalt unserer industriellen Basis- das ist eine zentrale Aussage im wirtschaftspolitischen Teil unseres Regierungsprogramms. Deutschland braucht auch in Zukunft eine starke Industrie als Grundlage für eine starke Volkswirtschaft.

Und uns ist durchaus bewusst: Wenn Produktion abwandert, folgen ihr in einem zweiten Schritt oft auch Forschung und Entwicklung. Das konnten wir in der Vergangenheit zum Beispiel bei der Verlagerung der Produktion von Fernsehröhren nach Asien sehen. Die neuen Flachbildfernseher kamen schließlich auch von dort. Dieser Zusammenhang ist – ich sage es

noch einmal - neben dem Erhalt der Arbeitsplätze der Hauptgrund dafür, dass sich die SPD so vehement für unsere Automobilbranche, ganz konkret für Opel in Deutschland einsetzt.

Anders hat sich die Situation bei Arcandor dargestellt. So berechtigt und verantwortungsvoll es war, zunächst zu prüfen, ob eine Insolvenz des Arcandor-Konzerns und seiner Warenhäuser zu vermeiden war, so wichtig ist es jetzt, vor allem Schäden von den Beschäftigten abzuwenden. Sanieren statt zerschlagen ist jetzt das Gebot der Stunde. Alle Beteiligten, die Verantwortung für das Unternehmen haben, sind aufgerufen, diesen Prozess konstruktiv, d.h. lösungsorientiert zu begleiten und zum Erhalt des Unternehmens beizutragen.

Anrede,

Unternehmen in der Krise beizustehen, hat sicher oberste Priorität. Wir dürfen aber nicht bei dem akuten Krisenmanagement stehen bleiben. Das Feuer muss zwar zügig gelöscht werden, aber ganz entscheidend für die Menschen ist auch, dass wir das Haus wieder aufbauen.

Unsere heutige Situation ist das Ergebnis von mangelnder Transparenz, unzureichender Aufsicht und fehlender persönlicher Haftung auf den Finanzmärkten. Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück haben im Februar Grundsätze zur Neuordnung der Finanzmärkte vorgelegt. Auch an dieser Stelle wird wieder deutlich, wer in der großen Koalition die eigentliche Arbeit macht und wer die wegweisenden Konzepte vorlegt.

Einige grundsätzliche Punkte aus dem Papier möchte ich nur kurz ansprechen:

- Wir wollen, dass Banken als Finanzdienstleister Risiken eindeutig in den Bilanzen und gegenüber ihren Kunden ausweisen und damit für die erforderliche Transparenz bei ihren Produkten sorgen. Wir setzen uns dafür ein, dass Finanzinstitute ihre Kreditrisiken nicht zu 100 Prozent verbrieft und weiterreichen können.
- Wir brauchen eine bessere Finanzmarktaufsicht. Kein Markt, kein Akteur, und kein Produkt darf unbeaufsichtigt bleiben. Die Bankenaufsicht muss zuverlässiger und wirkungsvoller werden. In Europa und weltweit müssen Aufsichtsbehörden grenzüberschreitend effektiver zusammenarbeiten. Und wir werden gegen Steueroasen und Steuerhinterziehung vorgehen.
- Wir müssen die Gehälter von Managern in den Blick nehmen. Wie für andere auch muss das Prinzip gelten: Gute Entlohnung nur für gute Arbeit. Die Bezahlung von Managern darf nicht am kurzfristigen Profit, sondern muss am langfristigen Unternehmenserfolg ausgerichtet werden. Dazu brauchen wir mehr Transparenz, klare Kriterien und eine verstärkte Haftung des Aufsichtsrats.

Leider konnten wir in der Koalition längst noch nicht alles durchsetzen. Nach langem Hin- und Her haben wir in dieser Woche aber immerhin das Gesetz zur Begrenzung von Managergehältern beschlossen. Und es ist in Zukunft erst frühestens nach vier Jahren möglich, Aktienoptionen zu ziehen und nicht wie bisher nach zwei Jahren. Außerdem haben wir die Regeln zur nachträglichen Herabsetzung der Vorstandsvergütung in Fällen, in denen sich die wirtschaftlichen Verhältnisse des Unternehmens wesentlich verschlechtert haben, verschärft. Und künftig wird der gesamte Aufsichtsrat über die Vergütung des Vorstandes und nicht nur ein kleiner Ausschuss entscheiden.

Die aktuelle Krise kann durch diese Maßnahmen leider nicht rückgängig gemacht werden. Aber die Maßnahmen sind unumgänglich, um neue Krisen zu verhindern und zu einem fairen Wettbewerb auf den Finanzmärkten zu kommen.

„Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind“, so die Überzeugung Albert Einsteins. Wir müssen die Krise also als Zäsur begreifen

und als Chance zum Umdenken. Dringend notwendige Reformen unseres Finanz- und Wirtschaftssystems müssen wir beherzt anpacken und neue Weichen für die Zukunft stellen.

Dazu gehört, dass wir Staat und Markt neu ausbalancieren – zugunsten des Staates. Denn unsere aktuelle Situation ist ganz sicher nicht die Folge von zu viel Regulierung, ganz im Gegenteil: von fortschreitender Deregulierung und zunehmender Verantwortungslosigkeit. Es hat sich sehr deutlich gezeigt, dass allein das Prinzip des Marktes nicht funktioniert. Gleichzeitig wissen wir, dass der Staat sicherlich nicht der bessere Unternehmer ist. Es gibt Staatsversagen genauso wie Marktversagen.

In der sozialen Marktwirtschaft müssen sich Markt und Staat ergänzen mit dem Ziel, Wohlstand für alle zu schaffen.

Wir brauchen funktionierende Märkte und verantwortungsvolle Unternehmer. Wir brauchen aber auch einen starken Staat, der den Rahmen schafft, der Regeln setzt und kontrolliert. Es ist noch nicht sehr lange her, da wurde jeder Versuch, Regeln, Transparenz und Kontrolle zu schaffen, als falsche Einmischung in das freie Spiel der Kräfte denunziert.

Diese Ideologie ist gescheitert, Gottseidank! Wir müssen allerdings sehr genau darauf achten, dass sie nicht wieder salonfähig wird, dass Freiheit nicht mit Freibeuterei verwechselt wird.

Was hat Frank-Walter Steinmeier so treffend gesagt in seiner Rede am vergangenen Sonntag? Die Ideologie, die uns in die Krise geführt hat, darf auf keinen Fall die Antwort auf die Krise sein!

„Die Soziale Marktwirtschaft in schwierigen Zeiten erhalten und erneuern“ ist eines der grundsätzlichen Ziele, der sich die SPD in ihrem Regierungsentwurf verschrieben hat. Soziale Marktwirtschaft, das heißt für uns unternehmerische Freiheit verbunden mit sozialer Verantwortung. Dazu gehört auch der gerechte Ausgleich zwischen unternehmerischem Handeln und der Teilhabe der Beschäftigten.

Gerade in der Wirtschaftskrise zeigt sich, dass Unternehmen und Beschäftigte eine Schicksalsgemeinschaft bilden, die ihre Balance auch in einer gerechten Vergütung und Entlohnung finden muss. Deswegen wollen wir nicht nur die steuerliche Absetzbarkeit von Managergehältern begrenzen, sondern beispielsweise auch Beschäftigte durch Mindestlöhne absichern.

Richard von Weizsäcker hat einmal gesagt „Soziale Marktwirtschaft vollzieht sich nicht in Gesetzbüchern, sondern im Denken und Handeln der Menschen.“ Ich finde, wir brauchen beides: Erstens die rechtlich verbindlichen richtigen politischen Rahmenbedingungen und Strukturen für nachhaltiges Wirtschaften, Und zweitens eigenverantwortliche Menschen, die dieses System mit Leben füllen.

Die soziale Marktwirtschaft ist für mich kein Auslaufmodell, sondern das Modell der Zukunft. Und ich bin davon überzeugt, dass dieses Modell noch an Attraktivität gewinnt, wenn es uns gelingt, jetzt die richtigen Konsequenzen aus der Krise zu ziehen und die Strukturen, die uns in die Krise geführt haben, zu verändern.

Und eines muss dabei immer klar sein: Im Zentrum allen Wirtschaftens steht der Mensch. Vielen Dank für das Zuhören. Ich freue mich auf die Diskussion.